

**Antrag der Arbeitsgruppe Haushalt  
der Fraktion CDU/CSU**

46. Sitzung des Haushaltsausschusses am 29. März 2023

**Beschluss des Haushaltsausschusses zu TOP 15**

Vorlage des Bundesministeriums der Finanzen

**Abschluss eines Vertrages mit einem Volumen von mehr als 25 Mio. Euro im Epl. 60;  
Wiederbeschaffungsvorhaben: Abschluss einer Rahmenvereinbarung über die  
Herstellung und Lieferung von bis zu 28 Panzerhaubitzen 2000 (PzH 2000) mit einem  
Festbeauftragungsanteil von zehn PzH 2000 nach Abgabe an die Ukraine**

**BMF-V 64/2023 VS-NfD**

**Ausschussdrucksache 20(8)3648**

Der Haushaltsausschuss möge beschließen:

1. Der Haushaltsausschuss begrüßt die Anstrengungen der Bundesregierung, die Ukraine militärisch zu unterstützen, ohne dabei ein jeweiliges Untersoll an militärischen Fähigkeiten zu unterschreiten. Dazu zählt explizit auch die Abgabe von Waffensystemen aus den Beständen der Bundeswehr.
2. Mit der Abgabe von Waffensystemen aus den Beständen der Bundeswehr war und ist das politische Versprechen verbunden, dass alle abgegebenen Systeme fähigkeitserhaltend wieder- oder ersatzbeschafft werden. Die entsprechenden finanziellen Lasten sind dabei nicht vom Verteidigungshaushalt zu tragen, sondern vom Gesamthaushalt und dementsprechend im Einzelplan 60 zu etatisieren.
3. Mit der vorliegenden 25 Mio. Euro-Vorlage verletzt die Bundesregierung dieses Versprechen. Obwohl 14 Panzerhaubitzen 2000 (PzH 2000) richtigerweise an die Ukraine abgegeben wurden, beantragt die Bundesregierung nur die Wiederbeschaffung von zehn PzH 2000. Der Haushaltsausschuss erwartet, dass die Bundesregierung schnellstmöglich alle Schritte in die Wege leitet, um mindestens die Zahl der abgegebenen PzH 2000 zur Wiederbeschaffung in Auftrag zu geben.
4. Der Haushaltsausschuss weist darauf hin, dass der seitens BMVg verursachte künstliche Aufwuchs von 25 Mio. Euro-Vorlagen weder dem Ziel der Beschleunigung von Beschaffungsprozessen noch einem ressourcenschonenden Umgang mit den Personalkapazitäten im Bereich der Rüstungsbeschaffung entspricht. Durch das Vorgehen der Bundesregierung sind zur Wiederbeschaffung der PzH 2000 statt einer einzigen 25 Mio. Euro-Vorlage mindestens eine zweite bzw. im schlechtesten Falle eine dritte und vierte 25 Mio. Euro-Vorlage notwendig. Den entsprechenden administrativen Mehraufwand verantwortet ausschließlich die Bundesregierung.